

dert, indem die Gerichte es fortbilden. Hier bestehen starke Bezüge zu den Grundrechten des ersten Abschnitts, nicht nur der Glaubens- und Bekenntnisfreiheit wegen, sondern etwa auch im Blick auf Verfahrensgarantien wie sie insbesondere der Abschnitt über die Rechtsprechung konkretisiert, Verfahrensgarantien, die bei Gerichten entstanden und daher der Rechtsprechung zugeordnet sind.

Der im Umfang griffige, wie gesagt im Aufbau und in der Methode überzeugende und bisher erfolgreiche Kommentar kann nur empfohlen werden. Seine Autoren sind nicht eingebunden in Loyalitätszusammenhänge etwa von Verbänden, die ihre Sicht trüben könnten. Die Bearbeitung der zweiten Auflage ist bis auf ganz wenige Ausnahmen makellos und auf dem neuesten Stand. Sie fällt nicht hinter die erste Auflage zurück. Insgesamt wird das Werk auch weiterhin seinen Weg machen, gerade auch weil die Strategie des Verlages und der Autoren weiterhin dem seriösen Muster folgt, das bisher zugrunde lag, nämlich eine Neuauflage nur nach hinreichend langen Abschnitten der Weiterentwicklung der Rechtsprechung auf den Markt zu bringen, also nicht im Rahmen der Vermarktung der Bände vor allem Mittel abzugreifen durch rasch aufeinander folgender, kaum veränderter und deshalb fragwürdiger Neuauflagen.

Wünschenswert wäre im Blick auf das Inkrafttreten der Föderalismusreform mit zahlreichen fragwürdigen und komplizierten Änderungen des Grundgesetzes eine raschere dritte Auflage jedenfalls des zweiten Bandes. Angesichts der Qualität des Kommentars erlaubt aber auch ein knapp bemessener Bibliotheksetat die ernsthafte Erwägung, die Neuauflagen dieses Kommentars anzuschaffen. Man kann mit ihm gut arbeiten, das gilt auch für die Nachbardisziplinen der Jurisprudenz, also etwa die Politikwissenschaft, die Geschichtswissenschaft und im weiteren Sinne die alte Staatswissenschaft überhaupt.

Helmut Goerlich

**Thomas Fues/Jochen Hippler (Hrsg.): Globale Politik. Entwicklung und Frieden in der Weltgesellschaft. Festschrift für Franz Nuscheler, Bonn: Dietz Verlag 2003, 400 S.**

Festschriften sind zuweilen in ihrem Erkenntniswert beschränkt, da es sich typischerweise um nur lose verknüpfte Beiträge handelt, die den Hauptzweck verfolgen, Wichtigkeit (die eigene und die des Geehrten) zu demonstrieren. Für die vorliegende Festschrift zur Emeritierung von Franz Nuscheler gilt das nicht. Es handelt sich um eine umfangreiche und zuweilen schonungslose Bilan-

zierung zum theoretischen und politischen Stand von Global Governance, Frieden und Entwicklung. In dieser Breite und Aktualität dürfte der Sammelband eine gewisse Einzigartigkeit aufweisen. Das erleichtert es, über die teilweise schwärmerischen und allzu persönlich geratenen Beiträge zur Person Nuschelers im ersten Teil des Buches hinweg zu lesen.

Im Anschluss an Vorwort und Grußwort von Johannes Rau und der österreichischen Außenministerin Benita Ferrero-Waldner eröffnet der Einleitungsbeitrag von *Thomas Fues* und *Jochen Hippler* den Band mit der Frage, wie Weltprobleme unter Globalisierungsbedingungen lösbar werden können (S. 17), die das bisherige Werk von Franz Nuscheler in prägnanter Weise auf den Punkt bringt. Die Autoren bemerken zu Recht, dass die Festschrift in einer kritischen Umbruchphase erscheint, die eine Bilanzierung besonders nahe legt. Der erste Buchteil zu Person und Werk Franz Nuschelers enthält Beiträge von *Klaus Hänsch*, *Annelie Buntenbach*, *Erfried Adam*, *Sybille von Fölkersamb*, *Richard Hermlé* und *Ernst Ulrich von Weizsäcker*. Daran schließen sich drei weitere thematisch fokussierte Buchteile an. Der zweite Teil stellt Global Governance auf den Prüfstand, und zwar sowohl in Bezug auf seine Wirksamkeit als Politikmodell als auch auf seine analytischen

Potentiale. AutorInnen sind *Lothar Brock*, *Dirk Messner*, *Marianne Beisheim*, *Achim Brunnengräber*, *Uta Ruppert* und *Inge Kaul*. Im dritten Teil finden sich Beiträge zu den Themen Entwicklung und Frieden von *Michael Bohmet*, *Rainer Tetzlaff*, *Peter Meyns*, *Volker Matthies*, *Herbert Wulf* und *Volker Perthes*. Der vierte Teil schließlich ist mit den Stichworten Nation – Kulturen – Menschenrechte überschrieben. In der Überschrift spiegelt sich der etwas zusammengewürfelte Charakter dieses letzten Teils wider, in dem sehr unterschiedliche Beiträge von *Dieter Oberndörfer*, *Dieter Senghaas*, *Paul Streeten*, *Thomas Heberer* und *Kurt P. Tudyka* versammelt sind.

Da an dieser Stelle nicht alle Einzelbeiträge besprochen werden können, greife ich im Folgenden diejenigen Beiträge heraus, die ich für besonders lesenswert im Kontext der angesprochenen Thematiken halte. Das beginnt mit dem Beitrag von *Lothar Brock*, der bei dem Thema Global Governance gleich zum Kern der Kritik vorstößt: Wie kann man überhaupt noch von Global Governance reden, wenn es der Weltmacht USA möglich ist, Kriege zur vorbeugenden Verteidigung zu führen? *Brock* stellt dieses scheinbare Totschlagargument jedoch sogleich in einen breiteren Kontext und zeigt auf, dass sich im Rahmen der Vereinten

Nationen bereits in den 1990er Jahren der Trend zum demokratischen Erzwingungskrieg abzeichnete, lange bevor die USA ihre Strategie zur Terrorbekämpfung offiziell darauf abstellten. Mit Erzwingungskriegen ist die militärische Rechtsdurchsetzung ohne vollständige Selbstbindung an das Recht gemeint, und *Brock* zeigt überzeugend, wie diese Erzwingungskriege zugleich als Teil und als Infragestellung von Global Governance betrachtet werden können, deren wichtigste Agenda die Zivilisierung der Weltpolitik ist. So plädiert er dafür, das Wiederaufleben und die neuen Legitimationsversuche von Krieg als Mittel der Herstellung von Weltordnung nicht einfach als Gegensatz zu Global Governance zu sehen sondern vielmehr zu fragen, welchen Stellenwert Kriege in der umkämpften Agenda für Weltpolitik und Weltfrieden haben.

Neben der wiederaufflammenden Bedeutung militärischer Macht ist es häufig die ökonomische Macht der Großkonzerne, die Kritiker dem Konzept von Global Governance als Argument entgegenhalten. Diese Thematik greift der Beitrag von *Dirk Messner* auf, indem er sowohl dem neoliberalen als auch dem globalisierungskritischen Skeptizismus gegenüber der politischen Gestaltbarkeit globaler Marktdynamik Ansatzpunkte für neue Governance-

Muster in der Weltwirtschaft entgegenhält. Unter dem Stichwort Weltwirtschafts-Triangle diskutiert er verschiedene Formen von Governance. Er stellt dabei zum einen Formen von Private Governance heraus, die die Abstimmungsprozesse in den netzwerkartigen Verbindungen globaler Wertschöpfungsketten betreffen. Zum anderen verweist er auf die wachsende Bedeutung von globalen (technischen, sozialen, ökologischen) Standards, die durch Abstimmungsprozesse in globalen Politiknetzwerken zustande kommen. Der Beitrag leistet damit den Versuch, die fruchtlose Debatte um mehr Markt versus mehr Staat zu überwinden, indem er auf die neuen Governance-Muster der Weltwirtschaft verweist, die in koordinierten Abstimmungsprozessen zwischen privaten Akteuren untereinander sowie von privaten und öffentlichen Akteuren gemeinsam erzeugt werden.

Eine wesentlich skeptischere Einschätzung der realpolitischen Bedeutung von Global Governance findet sich in dem Beitrag von *Uta Ruppert*, die eine Bilanzierung aus feministischer Sicht leistet. Dabei fragt sie nach den möglichen Anschlussstellen für die Theorie und Praxis globaler Frauenpolitik. Sie sieht zum einen zumindest theoretisch die Offenheit für Fragen der Geschlechtergerechtigkeit und Frauenmensenrechten. Zum anderen verweist sie je-

doch auf die Problematik, dass feministische Politik kein Interesse an Stabilität und Ordnung sondern gerade im Gegenteil an einer grundlegenden Veränderung der Prozesse und Strukturen der Weltpolitik hat. Die Politikauglichkeit von Global Governance scheint aber gerade auf Politikbereiche beschränkt zu bleiben, die solche umwälzenden Veränderungen nicht ermöglichen. Der Ansatz könne daher als Handlungsrahmen nicht einhalten, was er als Analyserahmen verspreche, weshalb Global Governance aus feministischer Sicht eine zunehmend ambivalente Herausforderung darstelle.

Geht es im nächsten Teil des Buches um die Themen Entwicklung und Frieden, so ist wohl kein anderer Kontinent als Afrika besser geeignet, den Prüfstein für eine Bilanz abzugeben. Der Beitrag von *Peter Meyns* leistet das erfreulicherweise, indem er die Rekonstruktion afrikanischer Sichtweisen thematisiert, anstatt sich auf die Kritik zentraler weltpolitischer Akteure wie Weltbank und IWF zu versteifen. Dabei geht es vor allem um die Vorgeschichte und den gegenwärtigen Stellenwert der NEPAD-Initiative (New Partnership for African Development). Zum besseren Verständnis nimmt *Meyns* eine Differenzierung in zwei politische Strömungen vor: dem Panafrikanismus, den er als kulturelle und politische Bewegung von

unten bezeichnet, sowie der eher staatsorientierten Bewegung zur Erzielung einer Panafrikanischen Einheit. Dieses politische Spannungsfeld, in dem sich sowohl die auf Gaddafis Initiative zurückgehende Neugründung einer Afrikanischen Union (AU) bewegt als auch die schon erwähnte NEPAD-Initiative, wird durch diesen Beitrag als wichtiger Ausgangspunkt für die zukünftige Positionierung des afrikanischen Kontinents in der Weltgesellschaft sichtbar.

*Volker Matthias* schafft mit seinem Beitrag zur Friedensforschung eine interessante Ergänzung zu dem Beitrag von *Lothar Brock*. Er stellt heraus, dass die Aufmerksamkeit für die sogenannten neuen Kriege die Sicht auf die Tatsache verstellt, dass in vielen Regionen der Welt dauerhafter Friede herrscht. Dieses Phänomen solle zum Anlass genommen werden, stärker nach den Bedingungen für Frieden zu suchen, anstatt sich auf die Erklärung von kriegerischen Auseinandersetzungen zu beschränken. Er unterscheidet dabei zwischen der präkonfliktiven Prävention, die an eine theoretisch anspruchsvolle Friedensforschung anknüpfen könnte, und der in der Praxis so häufig überwiegenden postkonfliktiven Friedenskonsolidierung. Indem er Bezüge zu der Global Governance-Diskussion herstellt, schlägt er den Bogen zum zweiten Teil des Buches.

Noch pointierter geschieht dies im Beitrag von *Herbert Wulf*, der die Frage nach den Möglichkeiten demokratischer Kontrolle der Streitkräfte bei militärischen Einsätzen im Rahmen der Vereinten Nationen stellt. Ausgangspunkt der Überlegungen ist dabei, dass die demokratische Kontrolle von Streitkräften bisher fast ausschließlich national organisiert ist und damit eine systematische Überforderung erleidet, wenn es um multinationale Einsätze geht. Wulf verweist darauf, dass seit Ende der 1980er Jahre sowohl eine zahlenmäßige Ausweitung von UN-Friedensmissionen als auch eine Neubestimmung ihres Aufgabenspektrums zu beobachten ist. Der durch Internationalisierung und Privatisierung militärischer Funktionen gekennzeichnete Wandel des Verhältnisses von Militär und Nationalstaat bleibe in der bisherigen Theorie und Praxis von Global Governance aber weitgehend unbeachtet.

Stellvertretend für den letzten Teil des Buches soll der Beitrag von *Paul Streeten* genannt werden, der u. a. als einer der geistigen Väter des Human Development Index des UNDP die entwicklungspolitischen Diskussionen der vergangenen Jahrzehnte mit geprägt hat. Seine kritische Analyse der Bedeutung von negativen und positiven Menschenrechten im Entwicklungsprozess führt zu der sicherlich umstrittenen Ein-

schätzung, dass der Weg zur Befriedigung von Grundbedürfnissen in vielen Fällen gerade nicht über die Durchsetzung von entsprechenden positiven Rechten (auf Arbeit, auf Gesundheit etc.) zu erreichen ist. Der Absolutheitsanspruch dieser Rechte verdeckt eher, dass es sich um konfligierende Ansprüche an knappe Ressourcen handelt, die selbst im Kontext reicher Volkswirtschaften immer nur bestimmten Gruppen auf Kosten von anderen Gruppen gewährt werden können.

Insgesamt berühren die Beiträge ein weites Spektrum an Themen und kommen zu einer relativ ausgewogenen Bilanzierung, die weder unangemessen optimistisch noch hoffnungslos fatalistisch ausfällt. Das Buch als Gesamtwerk lässt jedoch das Defizit erkennen, dass auch mehr als ein Jahrzehnt nach dem von *Ulrich Menzel* verkündeten Scheitern der großen (Entwicklungs-) Theorie eine theoretisch anspruchsvolle integrierende Sichtweise fehlt. Die Konzeptualisierungsversuche in der Global Governance-Forschung verdeutlichen dieses Fehlen eher noch, als dass sie die Leerstelle besetzen. Hier wäre es interessant gewesen zu prüfen, inwiefern weltgesellschaftliche Theorieentwürfe eine überzeugende Alternative bereitstellen können. Zwar taucht der Begriff der Weltgesellschaft im Titel auf, er wird aber in keinem Beitrag ernsthaft

aufgegriffen. Systemtheoretische Weltgesellschaftsanalysen, neo-institutionalistische World Polity-Forschungen oder die an der Analyse der kapitalistischen Weltordnung interessierten Weltssystemtheorie wären Kandidaten, die auf jeweils spezifische Weise eine radikale Makro-Perspektive einnehmen. In der vorliegenden Festschrift spiegelt der Begriff der Weltgesellschaft eher die normative Vorstellung von einer Welt wieder, die zur Begründung der Notwendigkeit von Weltpolitik herangezogen wird. Versteht man Weltgesellschaft jedoch als Ausgangs- und Bezugspunkt von Makrotheorie, können weltweite Interdependenzen und extreme Asymmetrien im Weltmaßstab möglicherweise angemessener analysiert werden.

Anita Engels

**Marc Szydlík (Hrsg.): Generation und Ungleichheit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2004, 276 S.**

Ogleich es eine Vielzahl an Forschungsbeiträgen zur sozialen Ungleichheit in Deutschland gibt, und ebenfalls schon versucht wurde, den Generationenbegriff in die soziologische Terminologie einzuführen, stellt der sich mit diesen Themenkreisen befassende Sammelband ein Novum dar. Der Band enthält eine Auswahl der Beiträge zur

Erfurter Frühjahrstagung 2003 der Sektion „Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse“ der DGS. Die gemeinsamen Bestrebungen der vertretenen Autoren richten sich auf den Versuch, den Generationenbegriff für die sozialstrukturelle Betrachtung sozialer Differenzen fruchtbar zu machen. Dem liegt die Idee zugrunde, mit dem Generationenbegriff die sozialen Ungleichheiten fortschreibende und sogar vergrößemde Faktoren erfassen zu können. Es geht also darum, dynamische Entwicklungsbedingungen sozialer Ungleichheiten in den Blick zu bekommen.

*Szydlík* gliedert seinen Band in drei Hauptabschnitte, deren erster sich der theoretischen Fundierung der Problematik annimmt. Die Abschnitte zwei und drei versammeln jeweils Einzeluntersuchungen unter den Titeln „generationale Ungleichheit in Kindheit und Jugend“ bzw. „unter Erwachsenen“. In einer kurzen Einleitung unreißt *Szydlík* die Schwierigkeiten, den umgangssprachlich recht geläufigen Generationenbegriff soziologisch gehaltvoll zu formulieren und faßt sowohl die theoretischen Überlegungen wie auch den Kern der Einzeluntersuchungen zusammen. Das ist der Heranführung an die vorgestellte Problematik und dem Überblick über die versammelten Beiträge durchaus dienlich. Dennoch wäre – bei aller Vielschichtigkeit – eine deutlichere